

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-1984

23.01.1984 - Drucksache 11/62

Antrag der Fraktion der CDU**Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsstellen im Ausbildungsjahr 1984/85**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß Wirtschaft und Handwerk im Lande Bremen ca. 7,6 Prozent mehr Ausbildungsstellen als im vergangenen Jahr zur Verfügung gestellt haben. Damit ist ein neuer Höchststand an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zu verzeichnen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, daß im Gegensatz zu den privaten Arbeitgebern der öffentliche Dienst sowie die staatlichen und kommunalen Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften im Lande Bremen — trotz der besonderen Verantwortung des Staates angesichts der schwierigen Situation auf dem Ausbildungsmarkt — das Angebot an Ausbildungsplätzen im dualen System nicht entscheidend erhöht hat.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß der Senat sein Versprechen aus der Regierungserklärung von Bürgermeister Koschnick im Jahre 1979 nicht eingelöst hat,

- die Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und in Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung um mehr als 1000 Plätze zu erhöhen,
- die Zahl der Plätze im Berufsgrundbildungsjahr auf rund 2000 zu erhöhen,
- das Ausbildungsplatzangebot auf 2700 Plätze im Bereich der Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß zu erweitern.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert deshalb den Senat auf, Maßnahmen auf Landesebene zu ergreifen, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen:

- a) durch eine Steigerung der Zahl von neuen Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst sowie bei staatlichen und kommunalen Eigenbetrieben, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften im Lande Bremen;
- b) durch die Umsetzung von Maßnahmen der Bundesregierung zur Finanzierung neuer Ausbildungsplätze und gegebenenfalls die Bereitstellung von entsprechenden Komplementärmitteln des Landes und der Stadtgemeinden;
- c) durch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen zu erreichen, daß mit Kooperations- und Verbundmodellen (gegebenenfalls unter Einbeziehung von Werkstätten der Berufsschulen) bei nicht ausbildungsfähigen Betrieben Voraussetzungen geschaffen werden, zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten;
- d) durch eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen diejenigen Betriebe in besonderer Weise anzusprechen, die trotz vorhandener Voraussetzungen nicht oder nicht in ausreichendem Maße ausbilden;
- e) durch die Einführung von Meldekarten nach Rücksprache mit den zuständigen Kammern eine Blockade von Ausbildungsplätzen durch Mehrfachbewerber zu vermeiden.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert außerdem den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, daß beschleunigt Ausbildungsordnungen geschaffen beziehungsweise geändert werden, damit weitere Betriebe Ausbildungsplätze bereitstellen können.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

Kudella, Neumann und Fraktion der CDU

Antrag der Fraktion der CDU

Beseitigung zusätzlicher Ausbildungsstellen im Ausbildungsjahr 1984/85

Die Bürgerschaft II enthält folgende Beschlüsse:

1. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

2. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

3. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

4. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

5. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

6. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

7. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

8. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

9. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

10. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

11. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

12. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

13. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

14. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.

15. Der Landtag fordert die Arbeitgeber auf, in eigener Verantwortung Regelungsmechanismen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich kein Arbeitgeber seiner Ausbildungsverpflichtung entzieht.